



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier, Bernhard Seidenath, Harald Kühn, Daniel Artmann, Barbara Becker, Dr. Andrea Behr, Maximilian Börtl, Thorsten Freudenberger, Patrick Grossmann, Manuel Knoll, Stefan Meyer, Martin Mittag, Jenny Schack, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Werner Stieglitz, Carolina Trautner und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Sozialzentrum Günzburg
(Kap. 14 04 neuer Tit. 893 03)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 14 04 wird ein neuer Tit. 893 03 „Sanierung Sozialzentrum Günzburg“ eingebracht und für das Jahr 2026 mit 120,0 Tsd. Euro ausgestattet.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 02 Tit. 893 06.

Begründung:

Für die Sanierung des Sozialzentrums in Günzburg sollen Mittel bereitgestellt werden. Anfang Juni 2024 wurde das Gebäude infolge eines schweren Hochwassers innerhalb weniger Stunden überflutet und erheblich beschädigt. Die daraus resultierenden Schäden führten dazu, dass der Dienstbetrieb mehrfach unterbrochen bzw. verlagert werden musste.

Das Sozialzentrum ist eine wichtige Anlaufstelle für Menschen in unterschiedlichen sozialen Notlagen. Eine zügige Sanierung ist daher erforderlich, um die Funktionsfähigkeit der Einrichtung dauerhaft wiederherzustellen und die Versorgung der Bevölkerung zuverlässig sicherzustellen.

Die Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel trägt dazu bei, die soziale Infrastruktur vor Ort zu stärken und die Folgen der Hochwasserkatastrophe nachhaltig zu bewältigen.